Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935
1874

5.12.1874 (No. 284)

Visual Library

Badischer Beobachter.

Bureau: Adlerstraße Nr. 18 in Karlsruhe.

Nr. 284. Erscheint täglich (Montag ausgen.). Preis 1 fl. 24 kr., durch die Post bezogen 1 fl. 58 kr. vierteljährlich. Samstag 5. Dezember Insertionsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 Kreuzer. 1874.

Rede des Abgeordneten Windthorst

in der 21. Sitzung vom 30. Nov. über die Feststellung des Haushaltsetat für Elsaß-Lothringen.

Die Discussion hat Dimensionen angenommen, welche weit über den gewöhnlichen Rahmen hinausgehen. Die hauptsächlich betonten Zahlen hätte ich lieber der Commission überlassen, denn es ist unmöglich, in so kurzer Zeit im Hause eine klare Uebersicht zu gewinnen. Auf diese Zahlen gehe ich deshalb auch nicht näher ein; doch ist mir im Budget die Höhe der Ausgaben für die Verwaltung aufgefallen und hoffe ich, daß uns die Regierung hierüber die nöthigen Aufschlüsse geben wird, sei es hier oder in der Commission. Im Vordergrund steht aber die Frage: Kann der Reichstag mit Erfolg das Budget prüfen und verabschieden? Ich muß hier die formale und materielle Berechtigung scheiden. Die formale Berechtigung ist in den vom Reichstage selbst gegebenen Gesetzen ausgesprochen. Damals wurde auch betont, daß die Elsaß-Lothringer das Budgetrecht besäßen und namentlich Anleihen beschließen könnten. Jetzt sagt man aber, damals habe man sich die Sache ganz anders gedacht, das jetzige Auftreten der Abgg. Simonis und Winterer rathe zur Vorsicht. Daß man in Folge dieses „Auftretens" diese Abgeordneten vielfach apostrophirte, kann ich nur im allerhöchsten Grade bedauern; denn angesichts der elsaß-lothringischen Verhältnisse gehört wirklich großer moralischer Muth und Energie dazu seitens dieser Abgeordnten, überhaupt hier zu verweilen; (Sehr gut!) statt sie als ungeeignet für die Vertretung zu bezeichnen, hätte man ihnen aufs freundlichste entgegenkommen sollen, nicht im Interesse Elsaß-Lothringens, sondern im Interesse des Reichs. Früher war die Stimmung überhaupt eine andere, als jetzt. Es kommt dies vielleicht daher, daß man in Berlin einsah, es sei die Kunst, neue Länder zu regieren, in Berlin noch nicht recht heimisch geworden. (Sehr richtig! im Centrum. Heiterkeit.) Wenn der Abg. v. Puttkamer auf englische Staatsmänner verwiesen, so thue ich dies auch; ich meine jedoch, daß selbst der schlechteste englische Colonialminister niemals eine neu eroberte Provinz so behandeln würde, wie Elsaß-Lothringen behandelt wird. (Oho! links. Sehr richtig! im Centrum!) In England schont man die vorgefundenen Verhältnisse und nur allmälig wirkt man dort für die eigenen Interessen; man sucht die localen Verhältnisse auszusöhnen mit den allgemeinen des brittischen Reichs. Wir aber sagen zu den Elsaß-Lothringern: Wir haben euch unsertwegen erobert, ihr habt zu gehorchen, wir organisiren, wie wir es wollen, und dies kann uns unmöglich die Herzen der Elsaß Lothringer gewinnen. (Sehr richtig! im Centrum.) Das Reichsinteresse fordert überdies Versöhnung, nicht Schürung neuen Hasses. Also formaliter könnnen wir das Budget prüfen, materiell aber nicht, und Keiner im Hause wird wohl ohne ein inneres Widerstreben der Aufnahme einer Anleihe zustimmen, wofür Elsaß-Lothringen allein der Schuldner sein soll. Dieses materielle Bedenken mag auch die Reichsregierung veranlaßt haben, grade am Tage unseres Zusammentretens, am 29. October, den Erlaß bezüglich des Landesausschusses zu machen. Rücksichtlich der Rechtsbeständigkeit ist demnach die Frage, ob dieser Erlaß Vor- oder Nachmittag ergangen, nicht gleichgiltig. Erlasse von gesetzlicher Bedeutung und Inhalt können ja nur während unserer Anwesenheit geschehen. Dieser Erlaß, der auch das Budgetrecht aufgenommen, macht den Eindruck der Schaffung von Landständen mit berathender Stimme, wie wir sie in verschiedenen deutschen Territorien gehabt haben. Dieser Erlaß hätte aber nur mit unserer Zustimmung erlassen werden können und die Mitheilung zur Kenntnißnahme kann absolut nicht genügen. Der Abgeordnete Puttkamer meinte zwar, es käme nur auf die politischen Erwägungen, nicht auf die formalen Bedenken Dunkers an, doch war dies nur so ein recht klarer, nationalliberaler Ausspruch. (Heiterkeit!) Also die Politik entscheidet, nicht das Recht; und Recht war es, wofür Duncker plaidirte. Ich meine, erst das Recht und dann die Zweckmäßigkeit. (Sehr richtig im Centrum!) Wenn man aus der französischen Gesetzgebung die Zulässigkeit des Erlasses zu deduciren versucht hat, so behaupte ich, daß gerade dieser Gesetzgebung der Erlaß widerstreitet, darnach sind die französischen Generalräthe zur Berathung der Kreisangelegenheiten berufen, zur Berathung der communalen Angelegenheiten, für welche eben der Generalrath sitzt. Ich wiederhole, wir müssen den Entwurf so behandeln, als wäre er uns zur verfassungsmäßigen Beschlußfassung mitgetheilt, und werde ich noch die erforderlichen Anträge stellen. Wohl würden wir auch thun, wenn wir das Budget auf ein Jahr der Regierung noch geben, weil ja doch die Verwaltung nicht stille stehen kann. Inzwischen würde die Vertretung Elsaß-Lothringens sich mit dem Budget im Detail beschäftigen können, und würden wir dann im nächsten Jahre das Budget definitiv festsetzen. Der künftigen Vertretung Elsaß-Lothringens, mag sie auch noch so dürftig sein, vorzugreifen, halte ich im höchsten Grade mißlich, wie ich es auch für mißlich halte, eine Anleihe zu bewilligen, ohne die Leute gehört zu haben. Nun hat der Herr Reichskanzler gemeint, in der gehörigen Ausdehnung könne die Vertretung Elsaß-Lothringens nicht bewilligt werden, deshalb sei dieses „Statut" erlassen worden. Nach den officiösen Berichten sind diese Generalräthe befriedigend gewesen, und will man keine politischen Erörterungen, so kann man ja diese ausschließen. Kriegsgefahren befürchte ich daraus nicht. Sollten die Franzosen wegen Elsaß-Lothringen mit uns anbinden wollen, so werden sie es thun, nicht weil irgend ein Ausschuß in Straßburg dies oder jenes geredet, sondern weil sie wieder stark zu sein glauben. Wenn der Krieg aber nicht anders woher kommt braucht man sich nicht zu fürchten. Wenn man die „mangelhaften", Schulen erwähnte, und meinte, daß man erst die Experimente abwarten möge, so kann man darüber getheilter Ansicht sein. Jedenfalls versteht aber der dortige Regierungsvertreter mehr vom Schulwesen, als der Herr Reichskanzler und ich zusammengenommen. (Heiterkeit.) Das ist Fabri und dieser urtheilte ganz anders. Wenn der Herr Abg. v. Puttkamer eine Bestimmung des Schulgesetzes noch zu „frei" gefunden, so begreife ich das vollkommen, denn das Princip der Freiheit kann nun einmal der Nationalliberale nicht anerkennen. (Oho! links. Heiterkeit.) Es ist das Princip der Freiheit des Unterrichts, der Anerkennung des Urrechts aller Familien über den Unterricht und die Erziehung der Kinder zu bestimmen. Wenn der Abg. v. Puttkamer den Einfluß des Clerus auf die Schule bedenklich gefunden hat und dabei speciell das Schulwesen in Frankreich tadelt, so muß ich dem gegenüber constatiren, daß in Elsaß Lothringen die allgemeine Bildung die in der Mark Brandenburg weit überragt, natürlich Berlin ausgenommen. (Große Heiterkeit.) Wenn freilich Geistliche unterrichten, so muß darum schon der Unterricht schlecht sein; während der Kenner der Literaturgeschichte weiß, daß wir gerade den Geistlichen den hohen Aufschwung der Wissenschaften verdanken, (Sehr wahr! im Centrum, Rufe links: Oho! Bewahre!) — ja, m. H., ich bleibe bei meiner Ansicht, ich weiß wohl, daß in Ihren Geschichtswerken manchmal etwas Anderes steht. (Aha! links. Sehr wahr! im Centrum. Heiterkeit,) Aber für mich sind das keine Evangelien, und ich halte den Clerus für den berufenen Volkslehrer. (Sehr gut! im Centrum. Gelächter links.) Und wenn die Schulideen des Reichskanzlers und seiner Breslauer „Kampfgenossen" 25 Jahre gewirkt haben, dann wird man an die heutige Stunde gedenken und sagen: Der Windthorst hat doch nicht so unrecht gehabt! (Große Heiterkeit.) Die letzten 25 Jahre „clerikalen Unterrichts" haben die Generation erzogen, (Oho!) aus der wir hervorgegangen sind, (Widerspruch.) — sind wir denn alle so schreckliche Dunkelmänner? (Große Heiterkeit.) Das lasse ich mir nicht nehmen: so viel Sie Licht im Kopfe haben, habe ich auch! (Anhaltende Heiterkeit.) Sie haben die Nation erzogen, welche die großen Schlachten geschlagen und die Erfolge errungen hat, von denen wir existiren. (Sehr wahr! im Centrum. Rufe: Nein!) Ich denke, solcher Nation darf man nicht sagen: Ihr seid schlecht unterrichtet und erzogen, denn die Geistlichen haben euch erzogen. Und warum, frage ich die Regierungen, wenn es 25 Jahre so schlimm war, warum ist es nicht eher geändert worden? (Sehr richtig! im Centrum.) Als ich nach Preußen, dem „Lande der Schulen" kam, habe ich sein Schulwesen immer rühmen hören, und erst die „Kampfgenossen" des Fürsten Bismarck haben die ganz neue Erfindung gemacht, daß das nicht wahr ist. (Gelächter rechts.) Ich meine, die Befähigung der Elsässer gestattet ihnen und berechtigt sie, auch mitzuwirken an ihrem Geschick, je eher, je lieber, damit das seit 1871 ersehnte Definitivum endlich organisirt werde, das ja auch noch dem Zeugniß des Abg. v. Puttkamer ein Bedürfniß ist. Wenn derselbe Abgeordnete die Rede des Generalprocurators Schneegans glaubte vertheidigen zu müssen, so müßte ich dieselbe zur Widerlegung in extenso vorlesen, ich habe sie vor mir (Oho!), ich lese sie nicht vor, aber ich stelle sie dem „Oho" und Jedermann zur Disposition. Wenn aber die maßgebendsten Personen eine solche Sprache führen im Gerichtssaal, wo eine wie sonst nirgends abwägende Objectivität erforderlich ist, und ihm für sein mindestens tactloses Benehmen nicht einmal eine Rüge wird, (das weiß man ja nicht!) oder man doch nicht weiß, ob er eine Rüge oder einen Orden zu erwarten hat, dann kann man auch die herrschende Mißstimmung begreifen. Ich bitte übrigens den Vertreter der Regierung, sich darüber befriedigend zu erklären. Was das Preßgesetz im Reichslande angeht, so herrscht das französische; daß aber ein Belagerungszustand dort herrscht im Sinne des französischen Gesetzes, ist mir unbekannt; das aber weiß ich, wenn man der Bevölkerung die Möglichkeit entzieht, die Ansichten der Majorität in der Presse zu vertreten, daß es mit einer Regierung, die so handelt, traurig stehen muß. (Sehr richtig! im Centrum.) Diese alten Klagen sollten nun endlich gehört werden im Interesse der Elsässer, wie auch in unserm eigenen, damit wir einen klaren Einblick gewinnen und sehen, was roth ist; denn daß wir das, was die „Straßb. Zeitung" erzählt, für baare Münze nehmen, kann Niemand verlangen. (Zustimmung im Centrum.) Im Uebrigen meine ich, wir sollten nach dem Antrag Duncker eine Commission zur Vorberathung wählen, die auch namentlich das Statut gründlich prüfen müßte. Und namentlich müssen wir mit Wohlgefallen und Freundlichkeit an die Behandlung gehen, mehr als bisher. Freilich müssen auch die Elsaß-Lothringer mitwirken an einer Sache, die dem eigenen Interesse dient und sich keinen unberechtigten Illusionen hingeben. Das wollte ich zur Sache bemerken, und behalte mir vor, wenn es die Ausführungen des Regierungscommissares verlangen, meinen Vortrages zu ergänzen. (Bravo! im Centrum.)

---

* Ein Trost

in den jetzigen Tagen der mannigfaltigsten und verschiedenartigsten Anfeindungen ist es fürwahr für die Katholiken, wenn in der weiten Wüste eines für sie unerquicklichen Treibens und Handelns Stimmen hörbar werden, aus denen ihnen nicht die Nacht der Unwissenheit und blinden Leidenschaft entgegenstarrt. Nicht überall werden die Gewissen der Katholiken und Socialdemokraten in brüderlicher Verwandtschaft aufgeführt, nicht überall erkennt man in der kathol. Kirche eine culturfeindliche Macht, nicht überall werden von Ministerhänden alle möglichen Blüthen einer vergifteten Wissenschaft zu einem Stechbouquet für die Katholiken zusammengewunden. In dieser Beziehung ist die Kammersitzung am 24. November zu Amsterdam von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Da sprach Kappeyne van de Coppello, ein entschiedener Anhänger des omnipotenten Staates ꝛc., folgende beherzigenswerthe Worte:

„Als es sich darum handelte, in unserem Lande der Bürgerschaft einen Antheil an der Staatsregierung zu geben und frühere Hindernisse aus dem Wege zu räumen, da sind die Katholiken mit uns für die gemeinsamen Rechte in die Schranken getreten. Mit ihrer Hülfe haben wir das constitutionelle Princip errungen und erhalten. Sie haben uns treu und ehrlich und mit voller Ueberzeugung zur Seite gestanden. Wenn jetzt wieder das Verhältniß zwischen Staat und Kirche eine Frage ist, die anderswo zu großen Schwierigkeiten Anlaß gibt, wir sind stolz darauf, und unsere katholischen Mitbürger freuen sich der Thatsache, daß ihre Kirche bei uns frei ist in ihrer Entwicklung, so frei, wie sie es nur wünschen kann. Obschon demnach für unsere katholischen Mitbürger nicht der geringste Grund zur Absonderung vorliegt, so liegt es doch in der Natur der Sache, daß die großen Ereignisse in anderen Ländern auch unsere Katholiken mit Schmerz, Entrüstung und Besorgniß erfüllen müssen. Wenn ich katholisch wäre, so würde mein Verhalten vermuthlich kein anderes sein. Es ist nur die Frage, ob die Gefahr sie nicht ein wenig unbillig macht, ob sie über der bedrängten Mutter nicht den Vater vergessen, ob sie nicht aus Niederländern niederländische Katholiken geworden sind? Es ist begreiflich, daß die Katholiken unter den obwaltenden Umständen sich der ferneren Anwendung der „liberalen" Principien widersetzen. Und dieser Widerstand, den sie pflichtgemäß so energisch wie möglich gestalten, ist kräftig genug, sowohl die „liberale" als die „conservative" Partei in ihrer Bewegung zu hemmen. Weiter geht ihre Stärke nicht, (Das kommt noch!) Regierungspartei können sie nicht werden; wenn sie es versuchen, würden sie die gründlichste Enttäuschung erfahren. So lange daher die Sachen so stehen, kann von einer parlamentarischen Majoritätsregierung nicht die Rede sein." Redner ließ darauf alle oder doch die wichtigsten Obliegenheiten des Staates Revue passiren, Rechtswesen, Gesundheitspflege, öffentliche Arbeiten, Unterricht, Steuer, Vertheidigungswesen ꝛc., wobei er unter Anderem eine Lanze für die Staatsschule und deren Ideal: den Schulzwang einlegte. Der Totaleindruck der Rede war ein sehr befriedigender, sowohl wegen der Offenheit, womit der Redner seine „liberalen" Ideen verfocht als wegen des Wohlwollens, mit welchem er die katholischen Interessen besprach. Der katholische Abgeordnete Heydenryck stattete ihm seinen Dank dafür ab, einzelne verkehrte Anschauungen zurückweisend; die Hauptreplik kam aber von einer Seite, woher sie schwerlich Jemand erwartete, u. zwar aus dem Munde des Ministers von der Does de Willebois, der in entschiedener Weise den katholischen Standpunkt vertrat, eine katholische Reaction gegen die Verfassung durchaus in Abrede stellte, die Freiheit der katholischen Kirche in Niederland nicht als eine Wohlthat, sondern als ein **Recht** bezeichnete, die Verkündigung des letzten Dogmas als eine durchaus interne Handlung der Kirche ohne jedweden Einfluß auf die Politik angesehen wissen wollte und schließlich das Bekenntniß ablegte, daß er mit Herz und Seele seinem Glauben und seiner Kirche anhänge.

Solche Aeußerungen sind in der That ein Ruhepunkt in den furchtbaren Kämpfen anderwärts.

---

* Zur Uebersicht.

— Sitzung der National-Versammlung in Paris vom 2. Dezember. Der Marschall Mac Mahon selbst ist äußerst unentschlossen, ob er

den Rathschlägen des Bonapartisten de Saint Paul, der auf Gewaltmaßregeln dringt, oder denen des Sekretärs der Präsidentschaft, des Vicomte d'Harcourt, Folge leisten soll. Letzterer hat seit dem Briefe des Grafen von Chambord wieder Oberwasser. Broglie hatte ihn nämlich am Montag Morgen beschuldigt, dem linken Centrum zu sehr den Hof zu machen, und der Marschall tadelte ihn in Folge dessen in sehr scharfen Ausdrücken. D'Harcourt nahm aber gestern nach dem Bekanntwerden des Briefes des Grafen von Chambord die Gelegenheit wahr, um demselben zu bemerken: „Sie sehen, daß ich nicht so ganz Unrecht hatte, mich dem gemäßigten Theil des linken Centrums anzunähern, denn der Brief des Grafen von Chambord löst von der Majorität 70 Stimmen ab." Auf die gemäßigte Rechte hat das Schreiben des Grafen von Chambord an La Rochette großen Eindruck gemacht. Larcy tritt mit größter Entschlossenheit für Chambord's Institutionen ein, und da er sich bisher äußerst gemäßigt zeigte, so befürchtet man im Elisée, daß sich eine große Majorität gegen die Regierung bilden wird, falls dieselbe den Republikanern nicht Concessionen macht. Nach Eröffnung der Sitzung sagt Buffet u. A.: „Dieser neue Beweis des Vertrauens" — „hat mir nicht den dünkelhaften Gedanken eingegeben, in Ausführung der zarten Aufgaben, die zu erfüllen Sie mich berufen haben, immer glücklich gewesen zu sein. Die Wirksamkeit meiner Anstrengungen ist der beständigen, und erlauben Sie mir, es zu sagen, der sympathischen Unterstützung zuzuschreiben, welche Sie mir immer gewährt haben. Erlauben Sie mir, einen neuen Aufruf an diese Unterstützung zu erlassen." Schließlich drückte Buffet die Hoffnung aus, daß die von ihrer unbeschränkten Aufopferung für Frankreich beseelte National-Versammlung, der diese in den feierlichsten und schwierigsten Aufgaben nie abging, die ihr gewordene große und fruchtbare Mission zu einem glücklichen Ende führen werde. Man schreitet nun zur Wahl eines Vicepräsidenten und eines Sekretärs. Die erstere Wahl ergibt folgendes Resultat: Abstimmende 567; ungültige Stimmzettel 17; absolute Majorität 275; Audiffret Pasquier 288, Graf Rampon (linkes Centrum) 258. Bei der zweiten Abstimmung erhielt von 515 Abstimmenden Graf Duchatel (linkes Centrum) 288 und Delorme (Rechte) 193. Herzog d'Audiffret-Pasquier wurde hierauf zum Präsidenten und Duchatel zum Sekretär proklamirt. Der Gesetzentwurf über die Cadres der Armee kommt nun zur Discussion. Der bekannte General Du Temple, der bekanntlich kürzlich bei Don Carlos war, erhielt zuerst das Wort. Da aber, weil der Kriegs-Minister einen besonderen Gesetzentwurf über diesen Gegenstand eingereicht hat, beschlossen worden ist, daß die erste Lesung des Gesetzes nur der Form halber vorgenommen werden solle, so hörte Niemand auf den Redner. General Chareton (Berichterstatter) erklärt, er wolle das, was er vorzubringen habe, sich für die zweite Lesung versparen. Er bitte daher die Kammer, den Gesetzentwurf einfach in erster Lesung anzunehmen. Der Kriegsminister de Cissey unterstützt den Antrag, und die Kammer beschließt, daß sie zu der zweiten Berathung übergeht. Auf der Tagesordnung steht nun das Gesetz über die Freiheit des Universitäts-Unterrichts. (Erste Berathung.) Man verlangt aber die Vertagung auf morgen, die auch nach einer kurzen Discussion bewilligt wird. Schluß der Sitzung 5 Uhr.

— Durch den Brief des Grafen Chambord sind die Kreise des Herzogs v. Broglie gestört, das Bündniß der Conservativen ist wieder einmal gänzlich in Brüche gegangen. Das Ministerium ist über die einzunehmende Haltung uneins.

— Der Unterrichtsminister Bonghi überreichte der italienischen Kammer eine Vorlage über die Gehaltserhöhung der Sekundarlehrer um 40 Procent und will aus deren Annahme eine Cabinetsfrage machen. Wo aber in dem beinahe bankerotten Italien das Geld hernehmen?

— Die altkatholische Facultät in **Bern** ist mit 8 Studenten — je zwei auf einen Professor — eröffnet worden. Zur Characteristik der freiheitlichen Zustände in der Schweiz bringt die „Frkf. Ztg." aus dem Berner Jura Folgendes:

„In Glovelier stirbt ein Mann, dessen Familie dringend wünscht, daß ein rechtgläubiger katholischer Geistlicher beim Begräbniß die üblichen geistlichen Functionen verrichte. Man bittet den Präfecten um die Erlaubniß: der Geistliche, der ausersehen ist, gehört nicht zu den von der Berner Regierung ausgetriebenen Pfarrern, sondern ist ein französischer Abbé. Der Präfect aber verweigert diese Erlaubniß, und die Familie muß sich nach Bern, an den „Kirchendirector", Regierungsrath Teusher, wenden, der dann auch die Bewilligung ertheilte. Demungeachtet stellte, kaum war der französische Pfarrer eingetroffen, ein Gendarm sich ein, um ihn abzufassen und wieder über die Grenze zu führen, und man mußte das Teusher'sche Telegramm vorweisen und den Träger der öffentlichen Gewalt Abschrift davon nehmen lassen, bevor sich dieser aus dem Trauerhause zurückzog. Herrn Teusher hat, so wollen wir hoffen, bei Ausstellung jener Bewilligung wohl auch ein Gefühl der Beschämung beschlichen, daß man in einem freien Staate demüthig um eine hochobrigkeitliche Ermächtigung einkommen muß, wenn man an einem Grabe seinen religiösen Ueberzeugungen Ausdruck geben und von einem Geistlichen des Glaubens, zu dem man sich bekennt, ein Gebet sprechen lassen will."

— Die „Times" meldet aus **Washington**: Eine Botschaft Grants an den Congreß, welche nächsten Montag verlesen werden soll, betont die Nothwendigkeit, die Metallzahlungen wieder aufzunehmen, fordert zu Neubauten in der Marine auf und empfiehlt, die Einfuhr ausländischer Rohstoffe entweder zollfrei oder im Wege der Zollermäßigung zu gestatten! Ein Bericht des Schatzsekretärs empfiehlt gleichfalls die Wiederaufnahme der Metallzahlungen.

— Nach der „Wiener Presse" wird die Frage der „Anzeige" (der Geistlichen bei dem Oberpräsidenten im Falle der Besetzung einer Stelle) auf Anregung des Fürsten Bismarck in Rom untersucht. Die „Kl. Ztg." bestätigt diese Nachricht mit dem Bemerken, daß die Anregung von deutschen Bischöfen ausgegangen sei.

— So sehr unsere Nationalen die Offenherzigkeit ihres Herrn und Meisters rühmen und davon erbaut scheinen, in einem Punkte ist sie ihnen nicht genehm, wo es sich um die Motive handelt, die bei der Annexion von Elsaß-Lothringen maßgebend gewesen sind. Nicht um Wiedergewinnung eines Bruderstammes, sondern um ein Bollwerk für Deutschland hat es sich dabei gehandelt. Auch diejenige Partei im Elsaß sieht sich bitter enttäuscht, welche eine Aussöhnung erstrebt. Das „Elsässer Journal" gibt dieser Stimmung Ausdruck. Die Protestpartei hat durch die Rede Bismarcks wieder Oberwasser erlangt.

— Dekan Kryger in **Siemowo** ist auf sechs Wochen inhaftirt worden, weil er sich geweigert hat, den Namen des apostolischen Delegaten anzugeben.

— In der heutigen Landeszeitung ist ein förmliches Mitrailleusengeknatter gegen uns eröffnet; allein keine einzige Kugel trifft. Der Werbebrief des Abgeordneten Kimmig ist nicht uns, wie sie meint, zum Abdruck übergeben worden, sondern wir haben denselben der „Kölnischen Volkszeitung" entnommen; aus Versehen blieb die Quellenangabe weg. Weiter sagt sie: „Am Schlusse ist beigefügt, daß (wie sich zwischen anständigen Menschen in solcher Sache ziemt) der Gegenstand auf Manneswort und Mannesehre selbstverständlich als ein vertraulicher behandelt werde. Dieser Brief ist nun dem Bad. Beobachter zum Abdruck übergeben worden! Und er verwendet ihn zum Vorwurf gegen — den Abg. Kimmig! Die Leser mögen richten." Ja, die Leser mögen richten, ob derjenige, welcher einen Andern wenigstens indirekt zum Abfall auffordert und dessen für fähig hält, nicht alle Rücksichten des Anstandes verwirkt hat. Der Herr Kimmig kann übrigens Rache nehmen durch Veröffentlichung der Antwort, welche er von dem betreffenden Geistlichen erhalten hat. Das Andere geht unsere Correspondenten an; sie werden antworten, wenn sie es für nöthig halten, Retourkutschen einer Besprechung zu unterziehen.

Deutschland.

⨯ **Aus dem Kreise Karlsruhe**, 2. Dec. In England scheinen Dinge sich vorzubereiten, deren Folgen noch gar nicht abgesehen werden können. Die gegen die päpstliche Unfehlbarkeit gerichtete Broschüre Gladstone's überschwemmt gegenwärtig die Insel, was nicht unterschätzt werden darf, wenn man erwägt, daß der Verfasser der hohen Aristokratie angehört und schon deßhalb auf eine große Anhängerschaft rechnen kann, und daß ferner die protestantische Bevölkerung für den heraufbeschworenen Schrecken von dem römischen Papste sehr leicht empfänglich ist. Man kann freilich sagen, es sei ja nur eine Broschüre, die wie manche andere, gleich einer Eintagsfliege, vorübergehen werde. Dies scheint nicht der Fall zu sein, hat doch der Erzbischof Manning durch seinen, wenn man so sagen will — contra Gladstone erlassenen Hirtenbrief der angeregten Sache seine volle Aufmerksamkeit zugewendet, was sicher nicht geschehen wäre, wenn sie keine Bedeutung hätte. Ueberhaupt sind, wie bekannt, seit Jahren gewisse Broschüren die Vorboten theils großer Ereignisse gewesen, theils haben sie innerhalb einzelner Staaten die Umwälzung längst bestehender Verhältnisse angekündigt, beziehungsweise gefordert. Und wenn man jetzt nach wenigen Jahren eine Vergleichung zwischen den thatsächlichen Zuständen und dem betreffenden Broschüreninhalt anstellt, so erscheinen jene wie eine Copie von letzterem. Erinnern wir uns z. B. nur an die römische Frage. War es nicht die 1860 von einem kaiserlich französischen Hofhistoriographen verfaßte Broschüre „Le Pape et le Congrès", die dem Papst, entkleidet seiner weltlichen Herrschaft, den Vatican mit seinen Gärten zum alleinigen Aufenthalte anwies und das hohe priesterliche Amt dahin präcisirte, zu beten und die Völker zu segnen? Wir wissen, was zehn Jahre später, am 20. September 1870, sich zutrug und bis heute besteht. Nur darin erwies sich die Broschüre als falschen Prophet, daß sie dem vorausentworfenen Bilde einen idyllischen Charakter aufdrückte. — Wenden wir den Blick auf unser engeres Vaterland, so finden wir die gleiche Erscheinung. Die badische Concordatsfrage kam durch die Broschüre: „Die Verhandlungen der protestantischen Conferenz in Durlach vom 28. November 1859" in Fluß und fand die ihr entsprechende Lösung trotz einer Masse Gegenbroschüren und trotz der Einsprachen des katholischen Volkes. Und von da an datirt sich die damals gewünschte und jetzt wirklich auch florirende „Souveränität der Gesetzgebung." — Deßgleichen wurde auch die Schulfrage in einer 1861 ausgegebenen, scheinbar unbedeutenden Broschüre, des Titels: „Die Neugestaltung des Volksschulwesens in Baden," skizzirt, und es kann nicht geläugnet werden, daß die jetzigen Schulverhältnisse der Skizze von damals entsprechen. Es sind dies historische Rückerinnerungen, die sich, anläßlich der Gladstone'schen Broschüre, unwillkürlich aufdrängen und nicht ohne einigen Pessimismus auf das Inselland schauen lassen, wo außerdem in den bekannten Sympathiekundgebungen nach Berlin die ersten Anfänge des Culturkampfes durchschimmerten. — (So weit unser Correspondent. Der Wiener Sonn- und Feiertagscourier" bringt eine Depesche, welche seine Anschauungen zu bestätigen scheint. Sie lautet:

„Gerüchtsweise verlautet, daß eine Vertrauensperson des Fürsten Bismarck seit längerer Zeit bei Gladstone aus- und eingeht. Man zweifelt in eingeweihten Kreisen nicht daran, daß es sich bei der Gladstoneschen Broschüre um den Sturz Disraelis und die Etablirung einer die Intentionen Bismarcks unterstützenden Politik Englands handelt." Andererseits stellen liberale Blätter die Conversion eines Gliedes der königlichen Familie in Aussicht und zwar der Prinzessin von Wales, der Tochter des Königs von Dänemark. D. Red.)

✓ **Vom Bodensee**, 2. Dez. Gestern zog Herr Pfarrverweser Scheu aus dem Spitalpfarrhaus in Konstanz aus. Die katholische Stiftungscommission legte beim Bezirksamt eine feierliche Verwahrung ein gegen die Verletzung der Rechte der katholischen Pfarrgemeinde an ihrer Pfarrkirche und Pfarrpfründe. Dieser Protest wurde gedruckt und an die Angehörigen der Spitalpfarrei verbreitet. Diese Pfarrei bleibt unverändert fortbestehen. Der Pfarrverweser bezog eine Privatwohnung innerhalb seiner Pfarrei, der Gottesdienst und alle pfarramtlichen Verrichtungen werden im Münster abgehalten. Damit ist der erste Akt dieser die Katholiken so schwerzlich berührenden Tragoedie beendet; der Friede in der Gemeinde und vielen Familien gestört; der Haß und die Feindschaft unter den Mitbürgern der Stadt gesteigert.

☽ **Konstanz**, 1. Dez. Das hiesige Kreisgericht verurtheilte die Herren von Rüpplin und Fauler wegen der hl. Messen, Predigten Processionen, Krankenbesuche, Beichten, kurz wegen aller öffentlichen Funktionen, die sie vorgenommen haben, zu je 150 Mark. Die Verhandlung verlief rasch, da die Herrn Vicare auf die Vertheidigung verzichteten, und nur kurz auf die an sie gestellten Fragen antworteten, nachdem ein Protest gegen die Competenz des weltlichen Gerichtes in diesen vier religiösen Angelegenheiten abgegeben war.

* **Constanz.** Aktenstücke zum Culturkampf.

Großherzoglich Badisches Bezirksamt Constanz.

Constanz, den 18. Nov. 1874.

An Herrn Pfarrverweser Scheu hier.

Nr. 23,199. Die staatliche Genehmigung der kirchlichen Gemeinschaft der Altkatholiken in Constanz betr.

Nachdem durch Entschließung Großh. Ministeriums des Innern vom 6. l. Mts. Nr. 16,233 die hier gebildete Gemeinschaft der Altkatholiken die staatliche Genehmigung erhalten hat und derselben die Spitalkirche hier nebst den dazu gehörigen kirchlichen Geräthschaften zum ausschließlichen Gebrauche einge-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

räumt, sowie die gegenwärtig erledigte Spitalpfarrpfründe vom Tage der Entschließung an überwiesen wurde, fordern wir Sie auf, das Spitalpfarrhaus alsbald und längstens bis zum Schlusse des laufenden Monats Nov. behufs der Uebergabe desselben an die altkatholische Gemeinschaft zu räumen.

Flad.

Abschrift.

Das katholische Spitalstadtpfarramt Constanz.
An das Großh. Bezirksamt daselbst.
Constanz, den 23. Nov. 1874.

Nr. 40. Die staatliche Genehmigung der kirchlichen Gemeinschaft der Altkatholiken in Constanz betr.

Auf Ihre Zuschrift vom 18. Nov. Nr. 23,199 beehren wir uns zu erwidern:

Der Unterzeichnete muß sich als den von der rechtmäßigen römisch-katholischen Kirchenobrigkeit rechtmäßig eingesetzten und in die Benützung des Pfarrhauses nebst Zubehörden eingewiesenen Verweser der hiesigen Spitalpfarrei betrachten.

Derselbe ist deßhalb nicht befugt, dem mit obigem Schreiben an ihn gestellten Ansinnen zu entsprechen.

Karl Scheu, Pfarrverweser.

Abschrift.

Großherzoglich Badisches Bezirksamt Constanz.
Constanz, den 28. Nov. 1874.
Herrn Pfarrverweser Scheu hier.

Nr. 23,731. Die staatliche Genehmigung der kirchlichen Gemeinschaft der Altkatholiken in Constanz betr.

Auf Ihre Erklärung vom 23. d. Mts. Nr. 40 eröffnen wir Ihnen, daß wir, wenn bis zum 1. Dec. d. J. die Räumung des Spitalpfarrhauses nicht erfolgt sein sollte, genöthigt sein würden, an dem genannten Tage die Räumung des Hauses im Zwangswege bewirken zu lassen.

Flad.

Abschrift.

Das katholische Spitalstadtpfarramt Constanz.
An das Großh. Bad. Bezirksamt daselbst.
Constanz, den 29. Nov. 1874.

Nr. 55. Die staatliche Genehmigung der kirchlichen Gemeinschaft der Altkatholiken in Constanz betr.

Abschrift.

Das katholische Spitalpfarramt Constanz
an
das Großh. Bad. Bezirksamt daselbst.
Constanz, den 20. November 1874.

Nr. 55. Die staatliche Genehmigung der kirchlichen Gemeinschaft der Altkatholiken in Constanz betr.

Auf Ihre Zuschrift vom 28. November d. J., Nr. 23,731, welche uns Abends 8 Uhr an diesem Tage zugekommen ist, beehren wir uns zu erklären:

In der dortigen Eröffnung, worin Sie die Drohung aussprechen, daß, wenn bis zum 1. December d. J. die Räumung des Spitalpfarrhauses nicht erfolgt sein sollte, Sie die Räumung des Hauses im Zwangswege bewirken lassen wollen, erblicken wir einen Akt höherer Gewalt, welchem wir unter nachdrücklicher Wahrung der dadurch verletzten Rechte der Kirche nach Ablauf der uns so rücksichtslos kurz anberaumten Frist am 1. December, d. i. dem Tage der uns angedrohten Gewaltanwendung, zur Vermeidung weitern öffentlichen Scandals thatsächlich weichen werden.

Vorher könnte die Räumung ohnehin nicht geschehen, weil das Haus an einer Straße liegt, auf welcher der Verkehr mit Fuhrwerken während des ganzen Meßmontages vom Großh. Bezirksamte selbst verboten ist.

Gleichzeitig legt auch die katholische Stiftungscommission, als gesetzliche Vertreterin der katholischen Spitalpfarrgemeinde, feierlichen Protest ein gegen die Verletzung ihrer Rechte an ihrer Pfarrkirche und Pfarrpfründe und erklärt, daß sie keineswegs gesonnen ist, auf dieselben zu Gunsten der von der römisch-katholischen Kirche abgefallenen s. g. Altkatholiken zu verzichten, und daß sie sich die Geltendmachung aller ihrer Rechte vorbehält.

Das katholische Spitalpfarramt:
Karl Scheu, Pfarrverweser.
Die katholische Stiftungscommission:
Karl Scheu, Pfarrverweser. Franz Wunsch.
Xaver Wilhelm. Michael Heimlich.

? **Heidelberg**, 3. Dec. Unsere letzte Notiz über Dr. Sevin hat verschiedenen Orts die Deutung erfahren, als hätten wir dem Prof. H. die Urheberschaft des betr. Artikels im „Journal" zuerkennen wollen. Wir glauben lediglich eine Pflicht des journalistischen Anstandes zu erfüllen, wenn wir dem sofort entgegentreten. Obige Absicht lag uns fern und mußte uns um so ferner liegen, als der Zufall wollte, daß schon an jenem Tag, an dem das „Journal" erschien, uns bestimmte Mittheilung gemacht wurde, wer die mit Recht gerügte Notiz in's Journal schaffte u. — daß dies H. nicht war — „dazu sei er viel zu gescheidt" — sagte uns der Gewährsmann. Zweck und zwar einziger Zweck der Anspielung auf H. war: seiner Weise anzudeuten, im Publicum sei thatsächlich die Meinung verbreitet, daß der erste Anlaß der für S. im Lauf der Zeiten faktisch entstandenen Mißhelligkeiten auf dem gespannten Verhältniß zu H. beruhe, in welches — einerlei für uns auf welche Art — immer weitere Kreise hineingezogen wurden. Dieser Ansicht, welche wir bereits früher in diesen Blättern aussprachen (wir nannten damals direkt) wollten wir erneuten Ausdruck geben. Daß wir vielleicht mißverstanden wurden, fällt uns keineswegs zur Last. In unseren Referaten fanden bösartige persönliche Angriffe principiell zu keinen Zeiten Aufnahme — im Gegentheil tadeln wir stets, wenn einzelnen Personen ungebührend zu nahe getreten und Unrecht zugefügt wird. —

* **Paderborn.** Der Herr Bischof läßt folgendes Schreiben veröffentlichen.

„Unserm hochw. Herrn Bischofe Konrad sind, zum gestrigen (26. November) Namensfeste sehr zahlreiche Beglückwünschungen sowohl von Einzelnen, als auch von weltlichen und geistlichen Vereinen aus der Nähe wie aus der Ferne zugegangen. Se. bischöflichen Gnaden, hochwelche sich leider außer Stande sehen, für solche rührende Beweise der innigsten und herzlichsten Liebe persönlich zu danken, haben mich beauftragt, dieser süßen und angenehmen Pflicht der Dankbarkeit Ausdruck zu verleihen.

Dr. Stamm, Geistlicher Rath."

Der hiesige „Merkur" hat drei neue Strafanträge erhalten, einen, von Fürst Bismarck und zwei vom Berliner Stadtgericht, das sich durch Aeußerungen über den Arnimsfall beleidigt fühlt.

Berlin, 3. Dec. Der Reichstag erledigte heute eine Anzahl von Petitionen nach den Commissionsanträgen. In die Commission für das Elsaß-Lothringische Budget und die Elsaß-Lothringische Anleihe wurden auch die Abgeordneten Simonis, Guerber, Winterer und Schauenburg gewählt. Die Interpellation des Abg. Frhrn. v. Nordeck zur Rabenau, betreffend die Tariferhöhung auf der Main-Weserbahn und der Main-Neckarbahn beantwortete der Präsident des Reichseisenbahnamtes dahin, daß bei Letzterer nur eine Umrechnung, keine eigentliche Tariferhöhung stattgefunden, daß dagegen die Main-Weserbahn allerdings eine Tariferhöhung vorgenommen habe, welcher zu widersprechen das Reichseisenbahnamt sich verfassungsmäßig nicht berechtigt halten konnte. Der Abg. Philippi ist eingetroffen, so daß die Zahl der elsässischen Vertreter fünf beträgt.

Ausland.

* **Aus Oesterreich.** Man meldet der „Politik" aus Wien: „Als Commentar zu den von Seite des Kaisers während seiner letzten Anwesenheit in Prag dem Bürgermeister vis-à-vis gesprochenen Worten circulirt hier das Gerücht, daß der Kaiser und die Kaiserin im Laufe des Monats Februar Prag besuchen werden. — Die in politischen Kreisen Wiens schon früher bekannt gewordene Nachricht, daß der Kaiser sofort nach seinem Eintreffen in Gödöllö Sennyey zu sich geladen, wird vielfach commentirt. Das Preßburger altconservative Organ meldet ebenfalls Sennyey's Berufung."

Die „Frkf. Ztg." spricht sich scharf über Ungarns Zustände aus: „Der ungarische Parlamentarismus krankt an noch weit größeren und sichtbareren Uebeln als derjenige von Oesterreich, aber daß die Ueberzeugung von der Unheilbarkeit desselben nicht auch beim Monarchen zum Durchbruch gelange, ist gegenwärtig die einzige Befürchtung innerhalb der um ihren Einfluß besorgten Deakpartei. Schon als vor Jahresfrist der Sturz des Ministeriums die Auflösung der Partei nach sich zu ziehen drohte, warfen die Deakisten angstvolle Blicke auf den Führer der Conservativen, allein Baron Sennyey blieb regungslos, er hielt seine Zeit noch nicht für gekommen. Wieder naht die Weihnachtszeit und die Kunde, daß der listige (!) Baron des Kaisers Gast in Gödöllö ist, schreckt die gegenwärtigen Aemterinhaber aus ihrer Trägheit auf. Ein Wiener Blatt erklärte vor einigen Tagen in seiner hochmüthigen Weise, daß man Ungarn unter „Curatel" stellen müsse und suchte die Curatoren natürlich in Wien. Da man hier bereits mit der eigenen Weisheit ebenfalls zu Ende zu sein scheint, so hat dieser Plan wohl wenig Aussicht auf Erfolg, dagegen es im Lande der Ueberraschungen immerhin nicht unmöglich wäre, wenn Ungarn schon zu Weihnachten mit einer andern „Curatel" beschänkt würde, mit der Curatel eines — conservativen Ministeriums."

Es ist aber doch gut, daß man die Conservativen in Ungarn noch hat, um den nach jeder Hinsicht drohenden Bankerott abzuwenden.

⊙ Vor **Irun**, 29. Nov. Die Carlisten haben in Folge der Niederlage ihren beabsichtigten Vormarsch auf Santander und nach Asturien vorläufig aufschieben müssen, aber die Republikaner haben ihren Sieg nicht benutzt. Zum allgemeinen Erstaunen nämlich machten sie weder einen Angriff auf die befestigten Stellungen der Carlisten am Ufer der Bidassoa, noch suchten sie sich der Douanen in der Nähe Iruns zu bemächtigen, auch machten sie endlich keinen Versuch, sich in den Besitz der Kanonengießereien und Munitionsfabriken, welche die Carlisten in Vera und anderen Grenzorten errichtet haben, zu setzen. Im Gegentheil, statt vorzurücken, räumten sie ihre früheren Stellungen und zogen sich, gleich als ob sie den geschlagenen Feind fürchteten, in aller Eile nach S. Sebastian zurück, und schifften sich trotz des stürmischen Wetters nach Santander ein, um von dort nach Miranda und anderen Punkten des Ebro zu gelangen. Drei Gründe kann man für dieses so räthselhafte Benehmen anführen. Zunächst haben die Republikaner trotz ihres Sieges bei Irun sehr empfindliche Verluste erlitten, während die Carlisten nur wenige Kampfunfähige zählten, keiner von ihnen in Gefangenschaft gerieth, und weder Waffen noch Gepäck verloren. Zweitens wurden die Republikaner durch einige Bewegungen, welche die Carlisten während der Kämpfe um Irun bei Pampelona machten, belehrt, daß es nicht gerathen sei, alle ihre Truppen auf einen Punkt zusammenzuziehen. Endlich — und das ist wohl der Hauptgrund — fingen die Alphonsisten und Radikalen in Madrid an, eine bedenkliche Haltung einzunehmen, so daß Marschall Serrano es für nöthig hielt, seine Prätorianer näher heranzuziehen.

Was sodann die Armee des Centrums betrifft, so hat die Regierung in Madrid alle Ursache, mit Besorgniß auf die Fortschritte derselben zu sehen. Der alte päpstliche Soldat, General Savalls hat durch seinen neulichen Erfolg bei Castello das Haupthinderniß, welches seinem Vordringen in das nördliche Catalonien entgegenstand, hinweggeräumt. Ermuthigt hierdurch hat die Ostarmee ihren Vormarsch begonnen und steht ihre Avantgarde augenblicklich kaum 14 Meilen von Madrid. Ich habe diese Nachricht von einem höheren Officier dieser Armee, der gestern Abend hier anlangte. „Es fehlen uns nur noch, so sagte jener u. a., 20,000 Gewehre, die sehnsüchtig erwartet werden, und wir werden sofort den Vormarsch auf Madrid beginnen."

— Der Correspondent der Kreuzzeitung schildert die Intriguen der Marschallin Serrano und sagt u. A: „Die Herzogin de la Torre, Marschallin Serrano, führt den Commandostab, und wer sich ihr nicht unterordnen will, der suche seine Entlassung nach." Die liberalen Lobhudler des serranistischen Weiberregimentes werden jetzt hoffentlich mit ihrem Kreakehl über das Pfaffenregiment des Don Carlos verstummen.

Lokales.

†† Karlsruhe, 4. Dec. Wie wir soeben hören, starb heute Nacht Fr. Kanzler, Vater des päpstlichen Kriegsministers.

§ Thiengen, 3. Dec. Die Weberei der Fabrik Lauffenmühle brannte in der verflossenen Nacht theilweise ab.

† Engen, 2. Dec. Die jüngste Bemerkung Ihres Blattes, daß es bei den sog. Altkatholiken keine „Betschwestern", sondern „Betbrüder" gäbe, findet da und dort Bestätigung. So z. B. befindet sich drüben im altkatholischen Hochland, in Nordhalden einer, der von sich selbst sagte: „Das hätte ich aber nicht geglaubt, daß ich noch Betbruder würde.

[] Emmingen ab Egg, 2. Dec. Heute starb Herr Bürgermeister, Bezirksrath und Kreistagsabgeordneter Stärk von hier.

∴ Von der badisch-hessischen Grenze, 2. Dez. Diese Woche ist in unserer Gegend eine sehr bewegte Thätigkeit. Allerorts wird Tabak abgehängt, zusammengelegt und verkauft. Tabaksläufer aus Mannheim besonders sind viele zu sehen. Den höchsten Verkaufspreis haben bis jetzt die Gemeinden Birnheim und Heddesheim: nämlich 25 auch 26 Gulden für den Centner. Einer mittleren Preis hat Sandhofen, 23 fl.; am geringsten steht der Käserthaler, 16 fl., in der jüngsten Zeit. In letzterem Orte hat der Tabaksbau seit zwei Jahren sehr abgenommen und die Felder werden mehr für Korn-, Gersten- und Kartoffelbau verwendet.

An den lieblichen Ufern des Alt- und Neurheines ist es seit den letzten Regentagen auch weit lebhafter geworden. Während man zur Zeit des niedrigen Wasserstandes fast keine Bau- und Brennmaterialien mehr ausladen sah, so ist in dieser Woche Alles ganz anders. Manchem Arbeiter ist es nun wieder leichter um's Herz!

Redigirt unter Verantwortlichkeit
von Franz Hiß in Karlsruhe.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

In der **Herder'**schen Verlagshandlung in **Freiburg** ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen, in Freiburg durch die **Literarische Anstalt:**

Knecht, F. J., Taschenbuch für Lehrer und Ortsschulräthe in Baden.

Sammlung der in Kraft stehenden Gesetze, Verordnungen und Erlasse betreffs des **Volksschulwesens** im **Großherzogthum** Baden, mit einem **eingehenden alphabetischen Register. Zweite, vermehrte Auflage.** 16°. Taschenformat. (VIII u. 431 S.) fl. 1. 24 kr.; geb. fl. 1. 45 kr.

Dieser zweiten Auflage wurden auch die Verordnungen über den evangelischen Religionsunterricht beigefügt.

Besondere Vorzüge hat das Buch noch durch sein **bequemes Format,** durch das demselben beigefügte vollständige **alphabetische Register** und die **vier Normallehrpläne,** die in andern derartigen Werken fehlen.

Kirschbaum-Holz,

2 bis 5 Ctm. starkes, vollkommen **trockenes,** wird in größeren und kleineren Partien zu kaufen gesucht von

Stoevesandt & Kollmar
in **Karlsruhe.**

Im Verlage des Unterzeichneten sind soeben erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen, in **Freiburg** durch die **Literarische Anstalt:**

Ketteler, W. E. Frhr. von, Bischof &c. **Der Culturkampf gegen die katholische Kirche** und die neuen Kirchengesetze für Hessen. 8°. (Unter Kreuzband 23 kr.)

Diese freimüthige Schrift ist von allgemeinstem Interesse, da die hessischen Kirchengesetzentwürfe fast identisch mit den preußischen Maigesetzen sind, und in demselben auch namentlich die leitenden Grundsätze im Culturkampfe und das Wesen der modernen Cultur besprochen wird.

Drei Gewissensfragen über die Maigesetze. Von einem deutschen Theologen. **Zweite veränderte Auflage.** 8. geh. 36 kr.

Dupanloup, Felix, Bischof &c., **Die in den letzten Zeiten veröffentlichten Prophezeiungen und Wundererscheinungen.** 8. geh. 18 kr. (Unter Kreuzband 20 kr.)

Hungari, A., Musterpredigten. Elftes Heft. gr. 8. geh. 42 kr.

Moere, J. van der, S. J., Die Verfolgung der Genter Seminaristen in den Jahren 1813 und 1814 nebst einem Rückblicke auf die Kirchengeschichte jener Zeit. 8. geh. 54 kr. rh.

Patiß, P. Georg S. J., Das Martyrium in der katholischen Kirche. 8. geh. 1 fl. 45 kr.

Segur, M. von, Der Glaube der modernen Wissenschaft gegenüber. Autorisirte Uebersetzung. kl. 8. 21 kr. rh.

Stöckl, Dr. A., Eine Blüthe modernen Culturkampfes, oder: **Die neueste Berliner Philosophie.** (Hartmann's Philosophie des Unbewußten.) gr. 8. 36 kr. rh.

Mainz, im November 1874. **Franz Kirchheim.**

Kalender-Verlag 1875

der Etlinger'schen Buchhandlung (Woerl und Comp.) in Würzburg.

Soeben haben unsere 1875er Kalender die Presse verlassen:

Würzburger Liebfrauen-Kalender auf das Jahr 1875. gr. 4°. 6 Bogen in Umschlag geheftet und mit Schreibpapier durchschossen. Verkaufspreis 10 kr.

Kleiner Würzburger Liebfrauenkalender auf das Jahr 1875. in 24°. Verkaufspreis mit Monatbogen 16 kr.

Illustrirter katholischer Hauskalender auf das Jahr 1875. gr. 4°. 5 Bogen in Umschlag geheftet und mit Schreibpapier durchschossen. Verkaufspreis 9 kr.

Illustrirter Vaterlandskalender auf das Jahr 1875. gr. 4°. 6 Bogen in Umschlag geheftet und mit Schreibpapier durchschossen. Verkaufspreis 9 kr.

Lustiger Bilderkalender auf das Jahr 1875. gr. 4°. 6 Bogen. in Umschlag geheftet und mit Schreibpapier durchschossen. Verkaufspreis 9 kr.

Der Jahresbote. Ein Volkskalender für Stadt und Land pro 1875. 4°. 5 Bogen im Umschlag. Verkaufspreis brochirt und mit Schreibpapier durchschossen 6 kr.

Wandkalender auf das Jahr 1875. Mit Rubriken zum Einschreiben und einer Wechselstempeltabelle für Comptoirs, Bureaux &c. Verkaufspreis unaufgezogen 7 kr.

Wandkalender, kleiner, auf das Jahr 1875. gr. Miniatur Format. Verkaufspreis unaufgezogen 4 kr.

Taschenkalender für 1875. gr. Miniatur Format, gebunden 15 kr.

Portemonnaiekalender auf das Jahr 1875, in elegantem Umschlag mit Goldschnitt 6 kr.

Unsere Kalender sind durch alle Buchhandlungen und Buchbinder zu beziehen. Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Ausstattung und Redaction werden gewiß alle Wünsche an einen guten unterhaltenden und brauchbaren Kalender erfüllen.

Vorräthig und zu beziehen durch die
Literarische Anstalt in **Freiburg.**

Bekanntmachung.

Am 1. Januar 1875 werden im Reichsgebiete neue, in der Reichsmarkwährung lautende Postwerthzeichen eingeführt, und zwar: Freimarken zu 3, 5, 10, 20, 25 und 50 Pfennigen R.M., Franco-Couverts zu 10 Pf. in kleinem und großem Format, gestempelte Postkarten, einfache und mit Rückantwort, je zu 5 Pf., und gestempelte Streifbänder zu 3 Pf., diese letztere Sorte nur bei bestimmten größeren Postanstalten. Die Freimarken und gestempelten Postkarten werden zum Nennwerthe, die Franco-Couverts mit einem Aufschlage von 1 Pf. R. M. pro Stück, und die gestempelten Streifbänder in Partien von 100 Stück zum Preise von 3 Mark 35 Pf. verkauft.

Der Verkauf dieser neuen Postwerthzeichen beginnt bei den Postanstalten am 10. Dezember, jedoch mit der Maßgabe, daß in den Bezirken der Thalerwährung die neuen Freimarken zu 5, 10, 10, 25 und 50 Pf., sowie die neuen Franco-Couverts und Postkarten erst dann abgegeben werden, wenn die vorhandenen Vorräthe der genau entsprechenden bisherigen Sorten zu ½, 1, 2, 2½ und 5 Sgr. bei den betreffenden Postanstalten ausverkauft sind.

Die bisherigen Postwerthzeichen zu 1, 2, 3, 7, 9 und 18 Kreuzern, diejenigen zu ¼ und ⅓ Sgr. und die Hamburger Stadtpostmarken zu ½ Schilling sind vom 1. Januar 1875 ab zur Frankirung ungültig. Sie können in der Zeit vom 1. Janur bis 15. Februar k. J. bei den Postanstalten gegen neue Marken u. s. w. in gleichem Gesammtwerth umgetauscht werden. Eine Einlösung gegen Baar findet nicht statt. Die Festsetzung eines Termins zur Außercourssetzung und Einlösung der bisherigen Postwerthzeichen zu ½, 1, 2, 2½ und 5 Sgr. bleibt vorbehalten; einstweilen können dieselben auch im neuen Jahre zur Frankirung gültig verwendet werden.

Die Postanweisungen müssen vom 1. Januar 1875 ab sämmtlich auf Mark und Pfennige Reichsmünze lauten, zu welchem Zwecke bei den Postanstalten Formulare mit entsprechendem Vordrucke verkauft werden. Postanweisungsformulare, auf welchen der Vordruck für die Geldsumme in Thaler, Silbergroschen und Pfennigen oder in Gulden und Kreuzern S. W. lautet, dürfen nach dem 31. December cr. nicht mehr verwendet werden.

Berlin W., den 27. November 1874.

Kaiserliches General-Postamt.

3.3.

Empfehlung.

Beste **Kirchen-Lichter, Wachs-Kerzen von Celle in Hannover** sind in beliebiger Größe bei **Franz Degen in Neckargemünd** zu haben

Handlungs-Lehrling.

In einem hiesigen Fabrik-Geschäft kann ein gesitteter, mit den nöthigen Vorkenntnissen versehener junger Mann eine Stelle als Handlungslehrling antreten. Näheres auf portofreie Anfrage im Büreau d. Bl. 3.3.

Unterleibs-Bruchleidende

finden in der durchaus **unschädlich** wirkenden **Bruchsalbe von Gottlieb Sturzenegger** in **Herisau,** Schweiz, ein überraschendes Heilmittel. Zahlreiche Zeugnisse und Dankschreiben sind der Gebrauchsanweisung beigefügt. Zu beziehen in Töpfen zu Fl. 3, sowohl durch G. Sturzenegger selbst als durch (H-3220-Qu)

Carl Malzacher in Karlsruhe.

In der Expedition des Bad. Beobachters sind zu haben:

Regensburger Marienkalender à 15 kr.

Kalender für Zeit und Ewigkeit von Alban Stolz à 9 kr.

Sonntagskalender. à 9 kr.

Course der Staatspapiere. Frankfurt, 3. Dez.

Staatspapiere.	pr. comptant.	
Preußen 4½% Consol. Oblig.	—	G
4½% do.	—	P
4% do.	—	G
Baden 5% Obligationen	105	b
4½% do.	102⅜	G
4% do.	98⅝	P
3½% do. v. 1842	92¼	G
Bayern 4½% Obl. (Zins 1jähr.).	101⅝	G
4½% " 1856 Zs. ½jähr	102¼	P
4% " 1jähr.	98	b
Württemberg 5% Obligationen	105⅝	b
4½% "	102⅜	G
4% "	—	G
Nassau 4½% Obligationen	98⅞	G
3½% do.	94½	G
Sachsen 5% do.	105⅞	G
Gotha 5% do.	102½	P
Gr. Hessen 5% do.	[illegible]	G
4% do.	97	G
Oesterr. 5% Silberrente fl. 4⅕%	68¼	G
5% Papierrente fl. 4⅕%	—	G
do. do.	63¾	b
5% Ung. E.-B.-Anl. 1868	—	G
Rußland 5% Oblig. v. 1871	98	G

Rußland 5% Obligationen v. 1872	93½	b
Belgien 4½% Obligationen	103	G
Schweden 4½% Oblig. in Thaler	98⅞	G
Schweiz 4½% Berner Obligationen	99⅜	P
4½% "	[illegible]	P
N.-Amerika 6% Bonds 1881r v. 1864	97¾	G
6% " 1885r v. 1865	100⅛	b
5% " 1904r 10/40 1864	99¾	P
Spanien 3% neue Schuld von 1869	17⅛	G
Frankreich 5% Rente. Fr. zu 28 kr.	—	G
do. leere.	—	P
Actien und Prioritäten.		
Badische Bank, 200 Thaler	118⅜	G
3% Frankfurter Bank, fl. 500	147½	b
4% Darmstädter Bankactien, fl. 250	387	G
3% Oesterr. Nationalbank, fl. 600 6 kr.	1053	b
5% do. Creditactien, fl. 160	241	b
Stuttgarter Bank	88¼	G
5% Elisabethbahn, fl. 200	201	G
5% Rudolphsbahn, fl. 200	[illegible]	G
4% Ludwigshafen-Bexbacher-E. fl. 500	183¼	G
4½% Bayerische Ostbahn, fl. 200	103¾	G
4% Hessische Ludwigsbahn, Thlr. 200	133	b
5% Oesterr. Staatsbahn, Fr. 500	322	b

5% Oesterreichische Südbahn-Priorit.	87	G
3% do. do.	49⅞	b
5% Elisabeth, Coupon i. Silb. 1. Em.	86	G
5% do. do. 2. Emiss.	84⅜	G
5% Böhmische Westbahn, 1863, 300fl.	85½	P
3% Oesterr. Staatsb. (1.—8. Em.) 28kr.	64	P
5% Hessische Ludwigsbahn	103⅜	G
5% Pfälzische Ludwigsb. (Bexbach.)	104¾	G
6% Central Pacific, rückz. 1898	81¼	G
6% Pacific Missouri, r. 1888 v. 1868	73	G
6% südl. Pac. Miss. r. 1888 v. 1869	53	b
Anlehens-Loose.		
Bayerische 4% Prämien-Anleihe	—	P
4% Bad. Prämien-Loose zu 100 Thlr.	117⅜	b
Badische 35-fl.-Loose	71¼	b
Braunschweiger 20-Thlr.-Loose.	23⅞	b
Gr. Hessische 50-fl.-Loose	269½	G
" 25-fl.-Loose	[illegible]	G
Kurhessische 40-Thaler-Loose	75⅝	P
Ansbach-Gunzenhausener 7-fl.-Loose	—	b
Oesterr. 4% 250-fl.-Loose von 1854	105¾	G
" 5% 500 do. do. 1860	107½	G
" 100-fl.-Loose do. 1864	169	b
Schwedische 10-Thaler-Loose	15¼	b

Finnländer 10-Thlr.-Loose	—	G
Meininger 7-fl.-Loose	9⅛	G
Wechsel-Course.		
Amsterdam f. G.	100⅞	b
Augsburg "	100	P
Berlin "	104⅞	G
Bremen "	105⅛	P
Brüssel "	95¼	P
Hamburg "	105⅛	P
Leipzig "	105	P
London "	119⅛	b
Mailand "	85½	G
Paris "	95⅛	G
Wien "	106¾	b
Gold und Silber.		
Pistolen	fl. 9. 41—43	
Holländ. 10-fl.-St.	" 9. 49—51	
Ducaten	" 5. 34—36	
20-Frankenstücke	" 9. 31—32	
Engl. Sovereigns	" 11. 57—59	
Ruß. Imperiales	" 9. 50—52	
Dollars in Gold	" 2. 26—27	

Druck und Verlag der Aktiengesellschaft Badenia: L. Großmann, Faktor. Karlsruhe, Adlerstraße 18,